Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Monats-Abonnement 0,20 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm-Nonpareillezeile (Nichtberuf. entgeltl.) 0,20 Goldmark. Stellenanzn.-Preisgem. die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefftz d. Nürnberg. Druckpr.-Anschl. 406 Verlag u. Redakt.: Nürnberg 1, Obstmarktstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto: 25000 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 14 | Nürnberg, den 2. April 1924 | 38. Jahrgang

Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Der Reichstag ist aufgelöst worden, weil die Sozialdemokraten und Linksparteien nicht gewillt waren, die dritte große Steuernotverordnung einfach zu schlucken, sondern weil ihre Anträge dahingehen, sowohl das Arbeitszeitgesetz zu verbessern, die soziale Hilfe aufrecht zu erhalten und die Lasten auch den Besitzenden aufzuerlegen, in deren Händen sich Riesenvermögen angesammelten. Insbesondere wurde die Aufhebung der ungerechtesten aller Steuern, der Mietsteuer, verlangt.

Diese Wahlen werden nun zu einer Entscheidungsschlacht zwischen Besitzenden und Besitzlosen.

Am 4. Mai wird entschieden werden, ob die Arbeitskraft in Deutschland auf sozialen Schutz durch die Reichsgesetzgebung rechnen kann oder ob wir in Zeiten zurückverfallen, wie sie vor dem Kriege waren, und ob die soziale Rechtlosigkeit, wie sie jetzt im Zuge ist, sich weiter ausdehnen kann.

Die diesmaligen Wahlen sind eine Sache, die jedem Arbeiter, jedem Gewerkschaftsmitglied, ob Mann, ob Frau, auf dem Herzen brennen muß. Jeder muß sich der ungeheuren Tragweite des Wahlausfalles voll bewußt sein. Allen Indifferenten und denjenigen, die mit dem Gedanken spielen, im gegnerischen Lager einmal ihr Heil zu versuchen — es gibt leider solche Gedankenlose innerhalb der Arbeiterschaft — muß der Standpunkt richtig klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht. Es muß das Kurzsichtigmögliche an Aufklärung geleistet werden. Selbstverrat in den eigenen Reihen kann die Arbeiterklasse nicht mehr ertragen.

Die Spitzenleitung der deutschen Gewerkschaften wendet sich an die deutsche Arbeiterklasse mit folgendem Wahlaufruf:

Der Reichstag, den das deutsche Volk vor vier Jahren gewählt hatte, geht seinem Ende entgegen. Die seitdem verflossenen Jahre haben uns wenig Gutes gebracht, und wie damals, so liegt auch heute noch die Zukunft dunkel vor uns. Feindlicher Druck hat sich auf unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet gelegt und damit die deutsche Wirtschaft an ihrem Lebensnerv getroffen. Und während Siegerübermut in Gemeinschaft mit Separatisten ganze Gebietsteile von Deutschland loszureißen droht, erbob im Osten, Norden und Süden der Aufruhr sein Haupt, um das republikanische Deutschland zu stürzen und die

Militärmonarchie der Vorkriegszeit

wieder einzuführen. Bayerns Regierung machte sich zur Stütze dieser hochverräterischen Umtriebe, bis sie selber fürchten mußte, hinweggerissen zu werden, und den Aufruhr unterdrückte. In diesem Chaos außenpolitischer Bergewaltigung und innerer Zerrissenheit, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres ganzen Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob

Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch

sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft **gegen neue Kriegsgefahren**, sowie für eine baldige **Befreiung der besetzten Gebiete** durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch werktätige Arbeit.

Nicht Waffen — — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle loyalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit. Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die

das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft,

in schrankenloser Ausbeutung verwüstet, anstatt sie durch Schutz leistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften die

Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten einen auskömmlichen Lohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verwüstet den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch Unterbringung der Erwerbslosen in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine gerechte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften

gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den Ausbau des Arbeitsrechtes als starken Hort der Arbeit, vor allem für die Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmälerte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues

zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Erträgnissen der allmählichen Mietsaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wohlfahrtsforderungen der Gewerkschaften

einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Machtpolitiker zuschanden gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltage eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft

für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland

bietet, für eine Zukunft, in der

auch der Arbeiter wieder seinen Anteil frei

werden und für seine Pflichterfüllung auf

Anerkennung seiner Arbeiterrechte

rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Verbreitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, sagt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

Die Berufswahl.

Bald naht die Zeit der Schulentlassung. Mit der Lösung der Frage der Berufswahl ist für die nun in das Erwerbsleben eintretenden Kinder eine Lebensentscheidung zu treffen. Viele Eltern denken dabei unter schwersten Sorgen an die Zukunft ihrer Kinder. Wird es möglich sein, sie in der Zeit der Lehre zu unterhalten? Leider wird diese Frage in diesen Tagen schwersten Ringens um die Existenz recht oft verneint werden, mancher Junge wird seine Hoffnungen auf Erlernung eines Berufes begraben müssen. Das ist sehr zu bedauern, weil damit oft das Lebensglück eines Menschen vernichtet wird, die deutsche Volkswirtschaft aber auch zu ihrem Wiederaufbau und Erstarken unbedingt tüchtige Qualitätsarbeiter benötigt.

Was aber wird, wenn die Eltern das Opfer auf sich nehmen wollen; welcher Beruf kommt dann in Frage? Generell ist das kaum zu sagen, weil Veranlagung, Neigung, Eignung, Körperbeschaffenheit, Gesundheitszustand und viele äußere Umstände dabei eine Rolle spielen. Wozu sich der Schulentlassene eignet, das festzustellen, ist Sache der Berufsberatung eventuell mit anschließender Eignungsprüfung, unter Hinzuziehung und Anhörung des Lehrers, Schularztes und der Eltern des Kindes.

Dürfen aber Neigung und Befähigung allein ausschlaggebend sein? Nein; denn es gibt Berufe, die so überfüllt sind mit Arbeitskräften oder in denen zurzeit eine so schlechte Konjunktur herrscht, daß selbst äußerst tüchtige Berufsgenossen darin keine Beschäftigung finden. Zu diesen Gewerben gehört zurzeit die Schuhmacherei, und zwar die handwerksmäßige wie auch die fabrikmäßige.

Ueber die in jeder Hinsicht trostlosen Aussichten des Schuhmacher-Kleinhandwerks (Schuhmachergewerbes) sollte in der Oeffentlichkeit eigentlich völlige Klarheit herrschen. Was hier noch nicht von der fabrikmäßigen Schuhindustrie verdrängt ist und noch sein Dasein fristet, beschränkt sich einestteils auf Reparaturarbeit. Andererseits besteht noch die auf immer geringeren Umfang zusammenschrumpfende feine Maßarbeit, die auf abgehendste Ausführung sich stützend, sich in der Konkurrenz mit der Fabrikware zu behaupten sucht. Die Zahl der Beschäftigten auf letzterem Gebiet ist aber schon sehr zusammengeschrumpft und wird immer kleiner.

Von einer guten, auskömmlichen Existenz der Schuhmachergehilfen, sei es auf Reparaturarbeit, sei es auf feine Maßarbeit, kann kaum noch die Rede sein. Die Inflationskrise hat ganz und gar verheerend gewirkt. In manchen Städten sind bis zu neunzig Prozent der Schuhmachergehilfen zur Entlassung gekommen und ein großer Teil ist auch heute noch nicht wieder eingestellt. Viele Meister wurden in ihrem Vermögen so geschwächt, daß ihnen bei den teuren Lederpreisen die Mittel zum Einkauf von Rohmaterial ausgingen. Sie werden sich lange ohne Gehilfen behelfen müssen. Dieser Berufszweig ist also mit Arbeitskräften auf lange Zeit überfüllt.

Nicht anders liegt es zurzeit in der Schuhindustrie (fabrikmäßige Schuhmacherei). Hier ist das Arbeiterangebot im allgemeinen besehen als stark gesättigt anzusehen. Die tarifmäßige Lohnregelung über das ganze Reich, die nun seit Jahren besteht, wie auch die gute Vorwärtsentwicklung der Schuhindustrie haben in den letzten Jahren anziehend gewirkt, d. h. einen verhältnismäßig beträchtlichen Zustrom an Arbeitskräften in diese Industrie ausgelöst. Von vielen Sachkundigen wurde die in den letzten Jahren zu verzeichnende Prosperität der Industrie nur als Scheinblüte angesehen. Kaum eine zweite Industrie ist denn auch so stark von der Inflation und der nachfolgenden Stabilisierungskrise angepackt worden, wie eben die Schuhindustrie. Manche Betriebe stehen seit länger als einem Jahre unter Kurzarbeit. Im Oktober des Dezember 1923 zählte die Industrie ständig mehr als 15,000 Vollarbeitslose und rund mehr als 60,000 Teilarbeitslose (Kurzarbeiter). Es kamen starke Arbeiterentlassungen vor. Die Industrie, deren Ausfuhr vor dem Kriege nur etwa 4% Prozent der gesamten Produktion betrug, kann auch heute auf starke Ausfuhrmöglichkeiten nicht rechnen. Verschiedene Länder erließen Einfuhrverbote. Die Frage: wie die Produkte absetzen, wird deshalb akut werden, insbesondere wenn berücksichtigt wird, daß die Industrie 1913 nur rund 80,000 Arbeiter beschäftigte, während diese Zahl im Vorjahre bis auf über 100,000 gestiegen war. Wie sich die Schuhindustrie nach der jetzigen Krise konsolidieren wird, ist also sehr zweifelhaft.

An diesen Tatsachen wird man zur Beurteilung der Berufsaussichten nicht vorübergehen können.

Die Arbeiterschaft in der Schuhindustrie spezialisiert sich nach verschiedenen Arbeitsverrichtungen. Fast an allen Maschinen ist eine mehrmonatliche Einübung und Anlernung erforderlich. Arbeiter für die komplizierten Spezialmaschinen werden vielfach in den Betrieben selbst herangezogen und ausgebildet, nachdem sie zuerst mit einfacheren Arbeiten beschäftigt waren. Lediglich für die Gruppe der Stepperinnen und der Zuschneider besteht laut Reichstarif ein Lehrvertrag zwar, noch dem ein zweijährige Lehrzeit binderd vorgeschrieben ist. Im übrigen kennt die Schuhindustrie kein Lehrverhältnis etwa in handwerklichem Sinne.

Immerhin wird der Arbeiter, der sich dieser Berufsgruppe einmal zugewandt hat, nach gewisser Einarbeitung, Erwerbung von Maschinenkenntnissen usw. seinen Platz ohne Not nicht so leicht aufgeben, um in einen anderen hinüber zu wechseln. Bei der Berufswahl spielt deshalb die gesundheitliche Eignung ebenfalls eine Rolle. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, mag bemerkt sein, daß für die in der Schuhindustrie Beschäftigten insbesondere eine gesunde Konstitution der Lungen und der Atmungsorgane Voraussetzung ist. Ein großer Gesundheitsgefährdung liegt in der fortgesetzten Einatmung von animalischen Staubteilchen, die durch die Atmungsorgane wieder ausgeschieden werden müssen. Eine besondere Anstrengung der Brust fordert auch die Bedienung verschiedener Maschinen, z. B. das Absaugtrasen und das Schnittpolieren, sodaß nur völlig gesunden Personen die Betätigung in diesen Berufen zu empfehlen ist.

In allen Fällen, wo junge Leute Lust und Liebe haben, doch noch im Schuhmacherhandwerk eine Lehrstelle zu suchen oder oder in der Schuhindustrie ein Unterkommen zu finden hoffen, sollten die Eltern immer erst nähere Erkundigungen bei den örtlichen Funktionären der gewerkschaftlichen Verbände einziehen. Die Lohnsätze für den Lehrling, das muß auch bei Unterschrift eines Lehrvertrages beachtet werden, sollen den Tarifabmachungen, oder wo solche nicht bestehen, den Teuerungs- und Lebensverhältnissen entsprechen. Ueberhaupt wird die örtliche Verbandsleitung gern Rat und Auskunft erteilen, auch darüber, wie die Berufs- und Konjunkturverhältnisse liegen. Die Verbandsfunktionäre kennen auch meistens die einzelnen Arbeitgeber. Nicht alle Arbeitgeber denken ja bei Einstellung eines weiteren Lehrlings daran, aus ihm einen tüchtigen Gehilfen zu machen; bei vielen ist der Wunsch ausschlaggebend, eine billige Arbeitskraft zu haben. Daß es seinem Zweck hat, den Jungen bei einem solchen Meister in die Lehre zu tun, ist selbstverständlich; er würde nur einige Jahre seines Lebens nutzlos zubringen und bei der meist miserablen Vergütung den Eltern unverhältnismäßig hohe Opfer auferlegen.

Warnung an die Verbandsmitglieder

Die Agitation der „linken Kommunisten" in den deutschen Gewerkschaften hat bereits traurige Früchte gezeitigt. Im Berliner Schneiderverband hat die sich „Opposition" nennende Richtung nun schon die Spaltung des Berliner Schneiderverbandes zustande gebracht. Am 12. Februar wurde in Berlin ein neuer Verband gegründet, der sich „Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Ortsgruppe Berlin (Opposition)", nennt. Bei der Gründung wurde ausgeführt, daß man sich nicht nur auf Berlin beschränken werde, sondern die Abspitterung vom alten Verbande im ganzen Reiche betreiben und fördern wolle. Das neueste Erzeugnis quertreiberischer Phantasten wurde von dem sattsam bekannten Wilhelm Schumacher aus der Taufe gehoben, der sich über die einzuschlagende Taktik über die Gewinnung von Mitgliedern für den neuen Verband äußerte: „Unsere Taktik muß so gehen, daß wir die Verbandsbürokratie zwingen, die Opposition herauszuwerfen. Sie soll der treibende Keil der Spaltung sein. In diesem Sinne ist ja schon seit Jahren gearbeitet worden, indem die Gewerkschaftsinstanzen mit allen erdenklichen Mitteln beschimpft und herabgesetzt wurden. Es ist deshalb im Sinne der notwendigen Klärung zu begrüßen, daß man die Maske der verlogenen Phrasen von der angeblichen „Arbeitsfront" aufgab und sich zu seinen wahren Zielen bekennt. Das Bedauerliche ist nur, daß den Feinden der Arbeiterschaft durch die Zersplitterung in die Hände gearbeitet wird. Die Opposition spaltet die Gewerkschaften und die Unternehmer und Reaktionäre heimsen die Früchte der Zersplitterung ein, indem ihre Stellung gefestigt wird; denn wenn gut sich streiten, freut sich immer der dritte.

Doch der Schneiderverband ist es nicht allein, in dem offen die Spaltung (sonderbare Einheitsfront!) hineingetragen wurde. Es gibt schon einen „kommunistischen Industrieverband der chemischen Arbeiter" und für andere kommunistische Gründungen ähnlicher Art sind schon die Generale ernannt. Das Treiben dieser Kommunisten ist erkannt. Es stellt sich heraus, daß das Gerede von der „Einheitsfront" ein maßloser Schwindel gewesen ist.

Das größte Verbrechen, welches an der deutschen Arbeiterschaft begangen werden kann, die Spaltung der Gewerkschaften, würde Tatsache, wenn es nach den Wünschen dieser Kommunisten ginge. Wie es von jenen Kreisen getrieben wird, kann auch aus dem diesbezüglichen Artikel der heutigen „Betriebsräte-Rundschau" entnommen werden.

Es stellt sich jetzt heraus, wie recht sie tat, daß die letzte Beiratssitzung für die Mitglieder unseres Verbandes folgende Richtlinien beschloß:

Die Beiratssitzung erwartet auf gewerkschaftlichem Gebiete von jedem Verbandsmitglied die Achtung und Nichtbefolgung von Beschlüssen, die nicht vom Verband der Schuhmacher und seinen Körperschaften oder vom A. D. G. B. und seinen beauftragten Untergruppen, sondern von Vereinigungen ausgehen, die außerhalb des Verbandes stehen und den Beschlüssen des Verbandes oder des A. D. G. B. entgegenwirken.

Ablehnung von Anweisungen für die gewerkschaftliche Tätigkeit durch politische Parteien, oder von Gruppen, die zur Spaltung oder zu Neugründungen von Gewerkschaften führen, ist von jedem Mitgliede des Verbandes vorauszusetzen; ebenfalls ist auch die Hergabe von Kassenmitteln für andere als satzungsmäßige Zwecke unbedingt zu unterlassen.

Die kommunistische Zellenwirtschaft ist ja schon auf Grund der Bestimmungen unseres Statuts von jedem Verbandsmitgliede abzulehnen. Mitglieder des Verbandes können nicht zugleich Organisationen oder Organisationsgruppen angehören, die dem Verband der Schuhmacher feindlich gegenüberstehen. Die Mitglieder des Verbandes sind deswegen

auf das eindringlichste zu warnen,

solche Dinge mitzumachen oder irgendwie moralisch oder mit Geldmitteln zu unterstützen. Die kommunistischen Industriegruppen-

bildungen sind nichts anderes als Konkurrenzorganisationen; niemand darf sich durch Scheiterungsmanöver täuschen lassen. Das Treiben der „linken Kommunisten" läuft darauf hinaus, eine neue Organisation in die Gewerkschaften hineinzuorganisieren und so die Verbände selbst auseinanderzuorganisieren.

Der Berlin-Brandenburger Zentralvorstand der Kommunistischen Partei hat angeregt, daß für Ende Mai ein Kongreß der revolutionären Delegierten der gewerkschaftlich organisierten und auch der nichtorganisierten (!) klassenbewußten Arbeiter abgehalten werden soll. Also eine Einmischung einer politischen Partei in gewerkschaftliche Angelegenheiten!

Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Plan der Berliner kommunistischen Leitung zu verwirklichen gesucht wird. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß von unserem Verbande aus nach den statutarischen und sonstigen Bestimmungen vor der Beteiligung an einem solchen Kongreß gewarnt werden muß. Wer an einem solchen Kongreß teilnimmt, seine Vorbereitung irgendwie unterstützt oder Geldmittel dafür bergibt, handelt gegen die gewerkschaftlichen und die Verbandsinteressen; das muß jedem Mitgliede klar sein!

Ein Gewerkschaftsmitglied darf nicht denen folgen, die die Gewerkschaftsdisziplin zum alten Eisen werfen, die blindlings Anweisungen folgen, auf die sie selbst nicht den geringsten Einfluß haben.

Die bisherige Tätigkeit der „radikalen Kommunisten" war nur Stimmungsmache. Dazu gehörte, immer neue Reize, neue Schlagworte zu erfinden. Deshalb auch die Absicht eines neuen Kongresses, bei dem, wenn nicht schlimmeres, nichts anderes herauskommen würde, als neue radikal sein sollende Reden, zum soundsovielsten Male neue Formulierung alter Forderungen.

Sachlich besehen, ist die kommunistische Taktik vollkommen außerstande, eine Besserung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen. Auf die Maßnahmen der Entente hat sie keinen Einfluß. Auf die deutsche Regierung ebenfalls nicht. Die Wirtschaft kann sie nicht in Gang bringen, auch nicht die Arbeitslosigkeit beheben.

Gewerkschaftlich halten es die Kommunisten bekanntlich mit der syndikalistischen Union der Hand- und Kopfarbeiter und mit anderen ebenso kleinen und bedeutungslosen syndikalistischen Gruppen. Die Kämpfe, die sie bis jetzt heraufbeschworen haben, lassen jede gewerkschaftliche Erfahrung vermissen. Die kommunistische gewerkschaftliche Streiktaktik hat verlagt und viele Arbeiter ins Unglück getrieben. Das Endergebnis der kommunistischen Methoden a la Bermelskirchen ist, daß so und soviele Familienväter auf der Straße bleiben und der ärgste Not überantwortet werden. Und das Gefährlichste ist: die Gewerkschaftsbewegung geht kaput dabei!

Die Kommunisten arbeiten für fremde Auftraggeber und sie ergeben Stimmung, da sie an den Verhältnissen selbst nichts ändern können.

Die Gewerkschaften dagegen arbeiten für die Interessen ihrer Mitglieder und sie wenden sich an deren Verstand. Denn ohne die Ausnützung alter gewerkschaftlicher Erfahrungen ist ein erfolgreiches Wirken unmöglich.

Das muß sich jedes Gewerkschaftsmitglied genau überlegen. Der kommunistischen Agitation wird es aus in der Sache liegenden Gründen unmöglich sein, die Gewerkschaften zu erobern, vielleicht aber gelingt es sich stark genug, die Gewerkschaften kaput zu machen.

Deswegen müssen jetzt die aufgeklärten, zuverlässigen Gewerkschaftsmitglieder wieder in die Schranken treten und den „Vorkämpfern" den Weg weisen. Es darf von ihnen auf keinen Fall mehr gezögert werden. Sie müssen aus ihren Schlupfwinkeln hervortreten und den Allesbesserwachern sagen, daß die Zeit des Rückstiefelns vorbei ist. Es gilt durch einiges Handeln und durch vernünftige, zeitgemäße Vorschläge zu beweisen, daß man nicht nur nörgeln kann, sondern auch was versteht. Wir brauchen notwendig junge feurige Stürmer, aber nicht nur zum Nörgeln, sondern zum Zupackenmüssen, wohl vorbereiten, erfolgversprechenden Arbeiten gegen unsere Ausbeuter und nicht gegen die eigenen Klassengenossen.

Der erprobte zähe Gewerkschafter darf sich nicht mehr länger an die Wand drücken lassen mit hirnrissigen Ideen, vom Zusammenbruch des Kapitalismus, von der Macht eines Häufleins Ueberzeugter, von der neuen Kampfesmethode, vom Verlagen der Gewerkschaften, vom Verrat der Führer usw. Wohlbedachte, zielbewußte unablässige Gewerkschaftsarbeit im alten Sinne wird in den nächsten Monaten und Jahren die Arbeiter befähigen, sich des Druckes zu erwehren, dem sie von kapitalistischer Seite ausgesetzt sind.

Bayerische Volksstimmung am 6. April!

Die Wünsche der weiß-blauen Bayerischen Volkspartei.

Gleichzeitig mit den Landtagswahlen in Bayern im Volksentscheid zusammen über einen Antrag der Bayerischen Volkspartei. Diese Partei verlangt eine Verfassungsänderung dahingehend, die

Umänderung der Staatsverfassung

anstatt mit Zweidrittelmehrheit mit einfacher Mehrheit zu ermöglichen.

In jedem Staat der Welt finden sich derartige Verfassungsbestimmungen. Das amerikanische Volk kann mühelos bestimmen, daß die Grundlagen seiner Staatsverfassung von einer beliebigen Partei mit einfacher Mehrheit umgestoßen werden können.

Was will die Bayerische Volkspartei (Bayerische Zentrumspartei) mit diesem Volksentscheid eigentlich bezwecken? Zu erklären ist die Abgrenzung der Einberufung eines Staatsgerichtshofes und weiteres nur eine zweite Kammer, um politische Gerichtsurteile zu bekommen, wie sie in der Vorkriegszeit hatten.

Und was ist die eigentliche Triebfeder?

Im jetzigen parlamentarisch regierten Land tragen die regierenden Parteien (Bayerische Volkspartei und Deutschnationale) die Verantwortung für den Bayerischen Regierungsapparat. Darum will man einen Staatspräsidenten, der formal die Ministerverantwortung und den man dann die Schuld für die Nichtausführung verantwortlich machen kann. Regieren wollen nach dem Willen der Bayerischen Volkspartei und dem der Deutschnationalen, ohne daß diese Parteien für ihre Regierungsarbeit die Verantwortung übernehmen brauchen. So hat ja die Zentrumspartei in Bayern die Nonne für die Bayerische Volkspartei bis zur Revolution in der letzten Zeit der Monarchie immer regiert. Die Königstreuen Minister hatten nach der Pfeife der Schwarzen zu tanzen, die Partei aber trug keine Verantwortung für die politische Tätigkeit der Zentrumsleute. Aus 1911 der bayerische Verkehrsminister gegenüber den Zentrumsleuten, Eisenbahnerverband nicht auf Wunsch der Schwarzen abwandern mußte, war die Regierungskrise da und das ganze Kabinett Podewils mußte zurücktreten. Im Volke aber war das Zentrum (richtige Bayerische Volkspartei) nicht mit der Verantwortung für die Regierung politisch belastet. So möchte sie es wieder haben. Einen zweiten Staatspräsidenten, der die schwarzen Minister ernennt, die nach dem Willen der Bayerischen Volkspartei regieren, für deren Regierungspolitik aber die Partei die Verantwortung ablehnt. Was was eben in Bayern den Weg zur politischen Ohnmacht absolut nicht beschreiten.

Genau so verhält es sich mit der Zweiten Kammer. Wir haben in Bayern die zur Reichsunion neben der Nationalversammlung eine „Reichsratskammer. In dieser Reichsratskammer sitzen alle über 18 Jahre alten Königlichen Prinzen, die Herzöge und der sonstige hohe Raubadel, dazu einige katholische Kirchenfürsten und einige Vertreter aus der Großindustrie. Diese Reichsratskammer war immer das Schleifzeug an der bayerischen Gesetzgebungsmaschine. Fort hatten die Privatkapitalistischen Interessenten, die den Auftrag der bayerischen Wasserkräfte durch den Staat verhindert zu wollen, ein leichtes Ding. Diese Reichsratskammer hat kurz vor Kriegsausbruch die 75.000 Mark, die das Abgeordnetenhaus für eine Gewerbeaskunftsstelle bewilligt hatte, gestrichen. Und in dieser Reichsratskammer prägte der Regensburger Bischof das Denkmal das Satz: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!"

Nach einem solchen „Schleifzeug an der bayerischen Gesetzgebungsmaschine" lehnen sich Bayerische Volkspartei und Deutschnationale. Ist die Zweite Kammer da, dann können sie als Abgeordnete in der Abgeordnetenkammer für sonore, volkfreundliche Kapitulationsverträge stimmen. Ja, sie können sogar mit den Sozialdemokraten hier und da stimmen, um gewisse arbeiterfreundliche zu sein. Man weiß ja, daß die schwarzen Freunde in der Zweiten Kammer die zu verhandelnden Vorlagen dann schon abtreiben. Es soll das alte Spiel der Unehrlichkeit mit den Wählern wieder getrieben werden. Als vom Volke gewählter Abgeordneter gebärdet man sich dann recht volksfreundlich und volksfreundlich und den eigenen Volksstimmen und den Scharfmachern in einer Zweiten Kammer hineinkarrt man im trauten Kämmerlein, was dem Volke geboten werden darf.

Was also mit diesem Volksentscheid beabsichtigt ist, kann kein denkender Arbeiter, keine Arbeiterin unterschätzen!

Den gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern in Bayern obliegt die Pflicht, den bayerischen Wunschkindern und den kapitalistischen Scharfmachern eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Sie müssen zur Landtagswahl antreten und nicht nur Abgeordnete wählen, die ihre Interessen vertreten, sie müssen auch ihren Zettel zur Volksabstimmung abgeben. Wer nicht einen vorschriftsmäßigen Abstimmungszettel der Arbeiterpartei, der auf „Nein" lautet, zur Verfügung hat, muß auf dem amtlichen Abstimmungszettel das Wort „Ja" kreuzen und auf diese Weise

mit „nein" stimmen!

Mitteilungen.

Bezirkslohntarif für Niedersachsen.

Bei den Verhandlungen am 23. März in Hannover erklärten die Arbeitgeber ihre Bereitschaft, den Spitzenlohn von 42 auf 50 Pf. zu erhöhen. Für mittlere Arbeiter und Arbeiterinnen bezeichnen Zahlstellen erklärten sich die Vertreter der Arbeitgeber bereit, für neue erschwerte Arbeit noch einen Aufschlag von 5 Prozent beschließen zu wollen. Diesem bei die Verbandskommission ihre Zustimmung gegeben. Arbeiter, die glauben, auf diese 5 Prozent Anspruch erheben zu können, müssen, wenn diese Anlage ihnen verweigert wird, bei der dritten Tarifkommission Beschwerde erheben. Diese entscheidet endgültig. Die neuen Löhne treten am 24. März in Kraft. Nach der Umrechnung ergeben sich folgende Stundenlöhne (in Pfennigen):

	Ortsklasse A		Ortsklasse B		Ortsklasse C		Ortsklasse D		Ortsklasse E	
	mt.	pf.	mt.	pf.	mt.	pf.	mt.	pf.	mt.	pf.
über 20 Jahre	59	37	47	36	45	34	42	32	40	30
unter 20 „	45	28	42	31	40	31	36	29	37	27

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, für die Durchführung dieser Löhne besorgt zu sein.

Die Beiratsleitung.

Danzig.

Seit der Einführung der Guldenwährung in Danzig sind die Lohnverhältnisse in der dortigen Fabrik äußerst unbefriedigend. Die besten Arbeiter kommen im Lohn auf 21 Gulden in der Woche. Wie knapp ein solcher Lohn bemessen ist, kann man daraus ersehen, daß ein solcher Arbeiter allein sowie für Kraft in der Woche 18 Gulden auszuwenden hat. Acht Gulden bleiben dann für Wohnung, Kleider, Nahrungsmittel, Kohlen, Heizung usw. übrig. Bei Annahme von Stellung nach Danzig ist also äußerste Vorsicht geboten!

Mainz.

Die Schuhfabrikfirma T. Wolf in Mainz sucht in einschlägigen Kreisen Arbeiter zu verschaffen. Es muß aber bekannt hingewiesen werden, daß am Platze für jede Sparte auf eingeordnete Arbeitskräfte für jede Sparte zur Verfügung stehen. Die Firma hat erst im 1. Drittel unter frühern Bedingungen solcher eingestellt. Es liegen Schreiben vor, daß bei Einstellungen ehemalige Vertrauensmänner und sonstige Verbandsmitglieder, die für das Werk und Wohl der Firmer sicherlich ihre ganze Kraft eingesetzt haben, zurückgesetzt werden. Auch kommen einzelne Meister, ihrer Verbandsmitglieder, die in ihre Einstellung aufgegeben zu haben. Es es diesen Herren noch möglich ist, sich in die Lage eines Arbeiters, der über ein halbes Jahr auf der Straße liegt, hineinzuversetzen? Jedenfalls hat in diese Firmen allein Grund zur Beschwerde, denn der Betrieb arbeitet anstelle der 48-Stundenwoche mit Ueberzeit, 55 Stunden, ohne erst die alten Arbeiter wieder einzustellen.

Es wird aus diesen Gründen an das Zentralvorstandsamt aller Verbandsmitglieder appelliert. Die Ortsverwaltung in Mainz erteilt jedem, der dort Arbeit aufnehmen will, entsprechende Auskunft.

Soziale Rundschau.

Volksabstimmung über den Achtstundentag.

Der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat beschlossen, die Wiedereinführung des Achtstundentages dem Volksentscheid zu unterbreiten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 30. März bis 5. April 1924 ist der **14.** Beitrag fällig.

Ortskassierer und Revisoren!

Der § 14 Abs. 8 des Verbandsstatuts bestimmt: „Die Bevollmächtigten einer Zahlstelle haben spätestens 14 Tage nach Ablauf des Quartals unter Hinzuziehung der Revisoren eine Abrechnung aufzustellen und an den Zentralvorstand einzusenden".

Wir ersuchen, diesmal die Aufstellung der Abrechnung sofort nach Quartalsschluß in die Hand zu nehmen und die Einsendung zu beschleunigen, damit wir sie

bis zum 15. April

in Händen haben, weil von der Abrechnung die Ausschreibung der Verbandstagswahlen abhängt. Diese Ausschreibung verträgt keinen Aufschub. Wir ersuchen deshalb die Zahlstellen, uns eine besondere Mahnung zu ersparen.

Zahlstelle Presseck und Umgebung.

Achtung! Arbeiter! Gewerkschafter! Die Zahlstelle Presseck begeht am 25. Mai ds. Jrs. ihr 10jähriges Gründungsfest. Freie Gewerkschafter, Arbeiterinnen, Arbeiter, sorgt für eine würdige Gestaltung, haltet zu diesem Zweck den 25. Mai frei zur Unterstützung genannter Zahlstelle. Da Sängerkommers geplant, werden die kill. Arbeitergesangsvereine höflichst gebeten, sich bereit halten zu wollen. Nähere Einladung ergeht noch. Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen! Die Vereine werden schon jetzt gebeten, von der Veranstaltung Notiz zu nehmen.

Ortsbeamter gesucht! Die Zahlstelle Burg b. M. sucht evtl. sofort einen Ortsbeamten. Bewerber werden ersucht, ein kurz gefaßtes Bewerbungsschreiben über die Tätigkeit eines Ortsbeamten unter der Aufschrift „Bewerbung" bis zum 30. April an den Vorsitzenden Otto Bange, Oberstraße 43, einzureichen. Angabe des Alters, sowie der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erwünscht. Bedingung jährige Mitgliedschaft nach den Beschlüssen des Münchener Verbandstages. Wohnungsverhältnisse unwichtig.

Perfekter Lackreparateur
gesucht.
Gebrüder Kunze, Komm. Ges. Schuhfabrik
Meißen-Tr. I. Sa.

Nach Mittelbaden.
Wir suchen für unsere neueinzurichtende Schuhfabrik
erstklassigen, technischen Fachmann
zur Einrichtung und evtl. Uebernahme des Betriebes. Erforderlich: Maßnahme, Umgang mit der Kundschaft und Arbeitseinteilung im Betrieb. Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche, Angabe des frühesten Eintrittermins und möglichst mit Lichtbild erbeten unter „Fachmann" an die Expedition dieses Blattes.

Perfekter Goodyear-Doppler
zu baldigem Antritt gesucht.
Schuhfabrik Eduard Hammer A.-G.
Dresden-A., Augsburgerstraße 1a.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
mehrere qualifizierte
Schaftstepperinnen
sowie perfekte
Schärfer oder Schärferinnen und Buggerinnen
Für Unterkunft ist gesorgt.
Schuhfabrik Carl Fritz A.-G.,
Bietigheim (Württemberg).

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt
perfekte Zuschneider
für bessere Ledersorten und
Stepperinnen
die mit jeder Teilarbeit besser vertraut sind.
Julius Brilles A.-G.,
Schuhfabriken, Danzig,
Weidengasse 35/38

Junger Schuhmacher
16 Jahre alt, sucht Stellung in solidem Meßgeschäft. Ago-Werkhälfte. Kost und Logis bevorzugt. Offerten an Justus Weicker, Darmstadt, Bessungerstraße 30.

Zuschneider
zu sofortigem Eintritt gesucht.
Alfred Nagg, Schuhfabrik,
Spaichingen in Württemberg.

Tüchtiger
Zuschneider
und
Modelleur
gesucht.
Schuhfabrik
B. Schmid & Co.
Frankfurt a. M., Weingartenstr. 181

Tüchtige Schuhmacher
auf zweigeteilte Arbeit sucht
Bernh. Ruff, Nördlingen.

Perfekte Handzwicker
zum sofortigen Antritt von mittlerer Luxusschuhfabrik bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter E H 1 an die Exp. des „Schuhmacher".

Perfekte Maschinenzwicker
für sofort gesucht.
Gustav A. Nagel, Ago-Schuhfabr.
Hartenstein Erzgb.

Geübte Zuschneider
für feinste Ledersorten zum sofortigen Eintritt gesucht.
Schuhfabr. Regensteiner & Co.,
München 25, Zielstattstraße 21.

Junger Schuhmacher mit eigenem Geschäft in Mittelbrandenburg (Kreisstadt) wünscht tüchtige Stepperin nicht über 20 Jahre und evtl. älterer Meister kennen zu lernen. Gutes Verdienst erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Ernstgemeinte Offerten mit Bild unter E B 70 an die Expedition des „Schuhmacher".

Perfekter Maschinenzwicker
bewandert auf Ueberholz, Zwickspitzengewicht u. Einwalzmaschinen „Adrian, Busch und Germania" für sofort gesucht. Offerten unter E H 2 an die Exp.

Geiernter Handarbeiter
der Schuhmacherarbeiten, welcher auch Kuhnsmaschine bedienen kann, sucht Offerte Stellung. Gefl. Offerten unter „F. Sch. 100" an die Expedition.

Tüchtiger Schnittfräser
für feine Kinderartikel bei hohem Lohn in dauernde Stellung für Bad. Schuhfabrik sofort gesucht. Offerten unter Nr. M. 100 an die Expedition erbeten.

Perfekter Absatzglaser
gesucht.
Gust. A. Nagel, Ago-Schuhfabrik
Hartenstein (Erzgeb.).

Tüchtige Bodenleder-Kanzer
die möglichst geerzte Schuhmacher sein müssen, sowie einige perfekte Absatzglaser u. Schnittfräser suchen
Höfer, Hockemeyer & Stadler
Aktiengesellschaft
Rosswein i. Sachsen.

Unsern werten Kollegen den Schuhmachern Joseph Ring zu seiner am 15. März ds. Jrs. stattgehabten Vermählung die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Darmstadt.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer u. Modell. Liste 8 gegen Rückporto.
H. Franke, Artern 17.

„Chalyseta" I.I.-Pat.
die Stahlborste mit biegsamer Spitze zum Einstechen, Umwenden, Doppeln usw. 2 Dtzd. ℳ 1.20 per Nachnahme oder vorh. Einsendung.
Walter Schulz, Hamburg 22, Hammerstraße 38.

Schuhmacher-Schürzen
(Kreuzband) grün und blau
Arbeitsmäntel für Zuschneider
rotweiß, dunkelblau, weiliert und braun
Sommer- und Bureau-Joppen
sowie blaue Arbeitsanzüge
Marke „U. S. B. Arbeiter"
liefert in bekannt erstkl. Qualität
A. C. Volz, Stuttgart
Moltkestraße 77.
Verl. Sie Katalog. • Versand Nachn.
Vertreter Rückporto beifügen.
NB Zahlreiche Anerkennungsschreiben von Zahlstellen des Zentralverbandes Deutschlands.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Bay Gießen, Lastingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Sämtliche Werkzeuge für Hand- u. mechan. Arbeit.
Spez.: Bay's Schwedische Wicker. Marke „Lochiel".
Spezialwerkzeuge für Schuhfachschule. — Hölzerner Fußbrettel Bernhard.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (A. Simon) Nürnberg, Obstmarktstraße 5.